



HESSISCHER LANDTAG

26. 03. 2025

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Klimaneutralität und Billionenschuld — Der größte CDU-Wählerbetrug aller Zeiten sichert der neuen Schuldenklimakoalition den Weg und garantiert den weiteren Abstieg unseres Landes

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die Instrumentalisierung des scheidenden 20. Bundestages zur Umsetzung weitreichender finanzpolitischer und klimapolitischer Veränderungen eine demokratiepolitisch höchst fragwürdige Vorgehensweise darstellt, die den jüngst in der Bundestagswahl 2025 zum Ausdruck gebrachten Wählerwillen missachtet.
2. Der Landtag stellt fest, dass keine der maßgeblich beteiligten Parteien dem Wähler im Wahlkampf eine Schuldenaufnahme („Sondervermögen“) von einer Billion Euro zur Abstimmung gestellt hat. Dies stellt eine erhebliche Abweichung von demokratischen Wahlgrundsätzen dar.
3. Der Landtag stellt fest, dass die in der Hessischen Verfassung verankerte und durch Volksabstimmung legitimierte Schuldenbremse in diametralem Kontrast zur jetzt existierenden Schuldenpolitik der Schuldenklimakoalition steht und damit aus hessischer, verfassungsrechtlicher Sicht grundlegende Prinzipien einer soliden und ordentlichen Haushaltsführung im Wesentlichen verletzt werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass keine der maßgeblichen Parteien im Wahlkampf die Verankerung der Klimaneutralität bis 2045 im Grundgesetz zur Abstimmung gestellt hat. Die Durchsetzung einer solch weitreichenden und industriepolitisch folgenschweren Entscheidung durch die Schuldenklimakoalition, die die Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Stabilität der Industrienation Deutschland massiv gefährdet, wurde nur durch den offensichtlichen Wählerbetrug ermöglicht.
5. Der Landtag verurteilt das Abstimmungsverhalten der Hessischen Landesregierung im Bundesrat am 21. März 2025 und fordert sie auf, alles zu tun, um einerseits auf Landes- und Bundesebene die Prinzipien einer soliden und ordentlichen Haushaltsführung einzufordern und andererseits sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, dass das Staatsziel mittels Krediten eine „Klimaneutralität bis 2045“ zu schaffen, wieder aus dem Grundgesetz gestrichen wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. März 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe